



Mitteilungsblatt 12/2010

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

dieses Informationsblatt unseres Vereins erscheint in der Zeit wichtiger Ereignisse in Görlitz. Wir wollen unseren Mitgliedern Informationen geben, die für die Beurteilung und Entscheidung anstehender Probleme wichtig sind. Unsere Bitte ist:

Unterstützen Sie unsere Arbeit dadurch, dass Sie diese Informationen weitergeben oder uns wissen lassen, wer an diesem Mitteilungsblatt Interesse haben könnte.

Zur Sache:

Die eiskalten Dezember-Temperaturen in Görlitz stehen in merkwürdigem Gegensatz zu den herzerwärmenden **weihnachtlichen Gedanken**, die irgendwann einmal jeden von uns beschleichen. Das kommt von der Botschaft des Kindes in der Krippe, die uns sagt, dass es immer wieder Neubeginn gibt. Jahresende heißt: Altes ablegen und mit guten Vorsätzen in das neue Jahr gehen. Es ist ein kluger Brauch, davor dem Abbitte zu leisten, dem man durch Wort oder Tat Böses zugefügt, und dem zu verzeihen, der einem selbst Übles getan hat. Doch soll keiner im Gefühlsüberschwang den Verstand ausschalten. Und so geht „zur Sache! e.V.“ auf alle anderen Stadtratsmitglieder mit offenen Armen, das heißt: ohne Waffen, zu, aber immer auch eingedenk der Worte eines bayerischen Ministerpräsidenten: „Tolerant sind wir, aber net blöd!“

In diesem Sinne will dieses Mitteilungsblatt neben den aktuellen auch Themen des vergangenen Jahres differenzierend betrachten: was können wir daraus lernen? So kann ein Rückblick auch zum Ausblick werden.

Wenn die Kaiserin Maria Theresia in Wien einen Vertrag unterzeichnete, dann pflegte sie zu fragen: „Was wird wohl Schlözer dazu sagen?“ Schlözer war ein Zeitungsschreiber im fernen Heidelberg, der die Politik der Kaiserin mit kluger Kritik und anregenden Informationen begleitete. Wie schön wäre es, hätten wir diesen Zustand in Görlitz. Denn **die Presse**, die neben ihrer Informationspflicht beratende Meinung sein soll, fehlt in unserer Stadt.

Die Zustände in Görlitz erinnern an eine ganz andere Geschichte. Als Friedrich der Große einst durch Berlin ritt, sah er, wie eine Volksmenge vor einem sehr hoch gehängten Plakat auf den Zehenspitzen stand, um es lesen zu können.

Der Inhalt dieses Plakates war ein einziges Pamphlet gegen den großen König. Und wie reagierte der? Er las den ungehobelten Text, der sich in Beschimpfungen gegen ihn erschöpfte und sagte nur: "Tiefer hängen" (damit ihn die Leute besser lesen konnten).

Wir wissen nicht, was dieser kluge Kopf damals dachte. Vielleicht: „Soll'n sie es ruhig lesen. Die Klugen durchschauen es und die Dummen bleiben doch dumm.“

Nur mit dieser Haltung kann man die Bedenkenlosigkeit von Leuten ertragen, die sich der Totalkonfrontation gegenüber dem Stadtoberhaupt von Görlitz verschrieben haben. In England, dem wir so viel praktikables Wissen über kluges politisches Handeln verdanken, ist es üblich, dass eine Zeitung dem Publikum mitteilt: "Wir sind gegen den Premier und wollen ihn stürzen" und dann aus allen Rohren gegen ihn schießt. Da weiß jeder Bescheid, aber es passiert nicht wie in Görlitz, wo einer, sobald er irgendeinen Unsinn über den Oberbürgermeister berichtet, dazu gibt „Das stimmt, es stand in der Zeitung.“ Wie wäre es, wenn die SZ unter ihrer Titelüberschrift „Görlitzer Stadtleben“ gut lesbar schriebe: "Kampfblatt gegen den Oberbürgermeister" und die Leserbriefe, die sich in absurden Behauptungen erschöpfen, in der Rubrik „Schmunzelecke“ abdruckte?

Vor nicht langer Zeit war in der SZ ein Leserbrief etwa dieses Inhaltes zu lesen: „ ... war im Stadtrat, erfreute mich am höflichen Ton der Stadträte gegenüber dem Oberbürgermeister, staunte über den Sachverstand der einzelnen Stadträte und der zügigen Behandlung der anstehenden Probleme.“ Ende der Wiedergabe des Briefes, der sich dann als Traumgebilde des Schreibers erweist. „zur Sache!“ stellt diese im letzten Jahr auch im Stadtrat mehrfach gestellte Frage, ob das wirklich ein Traum bleiben muss?

Ist oder wo ist der **Stadtrat „festgefahren“?**

Aus gutem Grund hat der Gesetzgeber die politische Gewalt in der Stadt zweigeteilt. Der Gedanke dabei war, dass zwei etwa gleichstarke Kräfte im fairen Ringen miteinander das möglichst Beste für das Wohl der Stadt erarbeiten sollen. Auf der einen Seite steht der Stadtrat, der die Richtlinien der Gemeindepolitik bestimmt, auf der anderen Seite der Oberbürgermeister, von dem die Gemeindeordnung sagt: „Zu dem anderen Organ der Gemeinde, dem Oberbürgermeister, besteht kein Überordnungsverhältnis. Beide Organe (d. h. Stadtrat und Oberbürgermeister) stehen gleichberechtigt nebeneinander“. Dieses Denken zeigt Verständnis für die Realität des Alltags: Auf der einen Seite der Oberbürgermeister als Leiter der Verwaltung und Vorsitzender des Rates: Er hat seine Position, weil er naturgemäß die beste regelmäßige Information und Übersicht über die Probleme der Stadt hat.

Er soll deshalb nach der Gemeindeordnung „selbstständig und eigenverantwortlich“ die Themen zur Entwicklung der Stadt angeben. Auf der anderen Seite der Stadtrat. Seine Mitglieder können nicht die Sachkompetenz des Oberbürgermeisters haben. Als Ehrenamtliche sind sie an der vollen Mitarbeit durch einen Zeit und Kraft fordernden Beruf oder durch unterschiedlich ausgeprägte juristische, volks- oder betriebswirtschaftliche Vorbildung gehindert. Vergleichen wir die Stadtpolitik mit dem Fußballspiel, dann bilden Oberbürgermeister und Stadtverwaltung eine Mannschaft mit Kapitän, während Schieds- und Linienrichter den Stadtrat symbolisieren.

Mit dieser Kompetenzverteilung gab und gibt es in Görlitz Schwierigkeiten. In Görlitz besteht das nach dem Juristen Böckenförde benannte Dilemma, dass ein kluges Gesetz nicht wirken kann, wenn es nicht von allen Seiten anerkannt und mitgetragen wird. Beweisend ist allein schon die große Zahl von Widersprüchen, zu denen der Oberbürgermeister verpflichtet ist, wenn vom Stadtrat Beschlossenes mit Gesetzen nicht übereinstimmt. Oder, zu lesen am 6.11.2010 im Niederschlesischen Kurier: „Das ist wieder einmal typisch Görlitzer Stadtrat ... Was genau die Mehrheitsfraktionen dazu bewogen hat, auf den Vorschlag des Oberbürgermeisters mit einem Gegenvorschlag zu antworten, bleibt deren Geheimnis ... Von daher kann man nur sagen: Ziel verfehlt, Chance vertan.“

Es wird sich in Görlitz nichts ändern, ehe nicht die Mehrheits-Fraktionen anerkennen, dass der auf Stadtratsvorlagen regelmäßig wiederkehrende Satz: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt...“ kein Zauberspruch zum Beweis von Macht und zur Erfüllung aller Wünsche ist, sondern am Ende disziplinierter Überlegungen und kollegialer Zusammenarbeit aller Kräfte stehen sollte. Äußerungen wie „Wir sagen, was zu tun ist. Die Verwaltung soll sagen, wie das zu machen ist und wo das Geld herkommt. Das ist nicht unsere Aufgabe“, oder diese lakonische Antwort: „Was wollen Sie denn, wir haben die Mehrheit!“, eine so merkwürdige Arbeitseinstellung muss ein Ende finden.

„In Görlitz ist alles anders. Da wird so etwas genehmigt“, sagte mir der Polizist am Telefon, den ich wegen massiver Ruhestörung weit nach Mitternacht um Abhilfe bat.

Dann besuchte ich kürzlich eine Podiumsdiskussion. Eine Dame mit Kapotthut klagte bewegend über das Tot-Sparen der Kultur in Görlitz. Auf meinen besorgten Blick hin beruhigte mich mein kundiger Nachbar: „In Görlitz ist das anders. Da ist das Wort Kultur der Deckname für Fördergeld. Wer über zu wenig Kultur klagt, der will mehr Fördergeld haben“.

Lesen Sie die SZ regelmäßig? Das ist nicht nötig, denn Sie werden schon bald bemerken, dass die Zeitung nach einem festen Schema informiert.

Auch das gibt es nur in Görlitz: Alles, was in der Stadt gelingt oder erfreulich gedeiht, das verursacht „die Stadt“, höchstens einmal „das Rathaus“. Nie werden sie lesen: „der Oberbürgermeister“. Sobald aber etwas umstritten ist, vielleicht sogar Unerfreuliches passiert, dann finden Sie in jedem Bericht darüber in der SZ mindestens dreimal den Satz: „Der Oberbürgermeister war´s“, ein Görlitzer Phänomen seit 1990, das einer wahnhaften Idee gleichkommt. Das vergiftet die Atmosphäre der Stadt.

Umso angenehmer, dass **wir** melden können: Der Görlitzer Stadthaushalt wurde von Oberbürgermeister Paulick saniert. Sechs Monate harter Arbeit am Haushaltssicherungskonzept im vergangenen Winter haben sich gelohnt. Sechs Monate lang musste der OB dafür unfairste Angriffe ertragen. Die SZ verunglimpfte ihn als „Sparkommissar“. Die große Koalition von CDU, BfG, FDP und Grünen haben zu diesem Bündel von 70 Einzelmaßnahmen nur einen einzigen mageren Beitrag geliefert, das Entstehen aber immer wieder zu behindern versucht. Und nun, da Görlitz in diesem Jahr tatsächlich im Plus wirtschaftet, (dieser Überschuss wird übrigens dringend für die kommenden beiden, finanziell wohl schwierigen Jahre gebraucht), kommen alle wieder an Bord und die SZ fragt die lieben Stadträte fröhlich: „Wofür würden Sie denn die überschüssigen Mittel gern verwenden?“ Übrigens meldete Herr Beutler diesen Erfolg des Oberbürgermeisters am 19.11.2010 mit den folgenden Worten: „Daran hat **d i e S t a d t** mit ihrer eisernen Sparpolitik ihren Anteil.“

Stadtrat Hannich verglich unsere Meldung über sein bemerkenswertes Verhalten in Finanzangelegenheiten mit einem Bericht des Schwarzen Kanals zu DDR-Zeiten. Sicher ist, es wird immer ein spannendes Thema bleiben, was die Presse melden darf. „Alles, was wahr ist!“ Diesem Satz stimmen wir so nicht zu. Denn jeder Mensch hat das Recht auf einen unversehrbaren Privatbereich. Und zu diesem gehören Einkünfte und Kontostand. In unserer Meldung über Herrn Hannich haben wir deshalb ganz bewusst auf solche Zahlen verzichtet. Wir wollten durch Ankurbeln einer Neid-Diskussion nicht den Blick auf das wirkliche Problem verdecken. Ganz im Gegenteil dazu verbreiten Herr Hannich und seine Partei seit Wochen diffamierende Zahlen über das Einkommen eines Chefarztes, verbreiten irreale Hochrechnungen, die ein kluger Mensch als Lüge durchschaut. Nein, Herr Hannich, wenn Sie schon einen so unpassenden Vergleich wählen: Dieser Orden gehört an Ihre Brust.

Görlitz ist ein überschaubares Gemeinwesen. Man kennt sich, mag sich oder begegnet einander mit Vorsicht. In einem so kleinen Stadtrat sollte man eher bereit sein, einander zuzuhören. Hier erwartet man größere geistige Freiheit als in einem Parlament, wo Parteifraktionen die Meinung der Oberen weitergeben müssen. Zwei Beispiele aus dem alten Jahr sollen zeigen, dass da in Görlitz noch zu lernen ist.

Dr. Gleißner sprach zum Thema Theaterfusion Görlitz/Zittau und meinte, man müsse mit dem Landrat Bedingungen aushandeln (was einige Stadträte ablehnten). Sonst, fügte er seinen Argumenten an, könne man sich die Zeit sparen und gleich eine Postkarte schicken: "Landrat befiehl, wir folgen". Diese Rede, dem Militärjargon entnommen, ist ebenso vor wie nach den 12 unseligen Jahren benutzt worden. Herrn Prof. Schulze (Grüne) blieb es vorbehalten, diese **politische Aussage zu kriminalisieren**. Mit inquisitorischer Schärfe drohte er: "Dieses Wort wird Folgen haben!" und meinte Anzeige und Staatsanwalt. Ein schlimmes Beispiel für Intoleranz, meinen Sie? Es kommt schlimmer. Diesen Worten folgte lähmende Stille im Stadtrat. Die erwartete Zurückweisung dieser Drohung erfolgte weder durch seine Partei der Grünen, weder durch die CDU noch die bürgerlichen Freunde. Man konnte in diesen Reihen förmlich sehen, wie aus aufrechtem krummes Holz wurde. Ein einziger nur war es, der weder den Staatsanwalt noch die Inquisition späterer Verleumdung fürchtete. In diesem Moment rettete Oberbürgermeister Paulick durch Widerspruch und Zurechtweisung ganz allein die Freiheit der Rede und damit die Ehre des Hauses.

Genauso muss davor gewarnt werden, den schönen Brauch der „**Entschuldigung**“ zum Staublappen jeder Missliebigkeit im Stadtrat zu machen. Als Dr. Gleißner einen Antrag des grünen Prof. Schulze kirchenfeindlich nannte, weil der die notwendige Erinnerung an den 9. Oktober in der Frauenkirche relativierte, da sprang Stadtrat Bley (Bürger für Görlitz) - diesmal sehr beherzt - auf und forderte eine sofortige Entschuldigung. Herrn Schulze sei sein Christsein abgesprochen worden! Vielleicht erfährt Herr Bley durch diesen Text, dass Kirchlichkeit und Christsein zwei verschiedene Dinge sind.

„zur Sache!“ hat sich im Jahre 2010 in der **Mitte des Stadtrates** fest etabliert, ganz gleich, ob man das nach politischer Positionierung oder Arbeitsweise sieht. „zur Sache!“ hält sich frei von linken Ideologezwängen ebenso wie von rechtem Interessengemenge. Wir versuchen von der Mitte her zu entscheiden. Das gibt uns sowohl innere wie äußere Freiheit. Dabei stellen wir voller Genugtuung fest, dass die Stadt auch im vergangenen Jahre wieder an Schönheit, ja Pracht hinzugewonnen hat. Umso größer ist die Pflicht, diese Pilaster mit alten und neuen Inhalten zu füllen. Dieser Wunsch verbindet uns mit Ihnen, unseren Lesern.

Ihnen allen wünscht „zur Sache! e.V.“ am Ende dieses Jahres innere und äußere Kraft sowie einen hellen Kopf zur Weltbetrachtung!

Ihr Dr. Peter Gleißner